76. Jahrgang. Nr. 126 Dienstag, 15. März 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 50 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Krisenaufschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sievsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Reichsregierung fordert zweiten Wahlgang

Am 24. April Landtagswahl in Preußen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. März. Nachdem die erste Schlacht im Präsidentschaftswahlkampf geschlagen ist, pflegt man an den Berliner Regierungsstellen zunächst etwas der Ruhe. Bestimmte Dispositionen für die nächsten Kabinettsarbeiten sind, wie an den zuständigen Stellen erklärt wird, im Augenblick noch nicht getroffen. Es wird jetzt auch für sehr wahrscheinlich gehalten, daß Dr. Brüning noch nach Genf fahren wird. Die Beratung der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald aufgestellten Projekte zur Arbeitsbeschaffung soll, wie es heißt, erst nach Ostern vorgenommen werden. Von Interesse ist mit Bezug auf die Reichspräsidentenwahl, daß man an den Berliner amtlichen Stellen mit Nachdruck erklärt,

die Reichsregierung werde auf den Vorschlag des deutschnationalen Parteiführers Geheimrat Hugenberg, vom zweiten Wahlgang abzusehen und dafür den Reichstag aufzulösen, nicht eingehen.

Der Regierung nahestehende Kreise versichern, daß die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit den zweiten Wahlgang durchfechten wolle, der den „Erfolg des 13. März zum vollen Siege ausbauen soll". Ausschlaggebend für diese Haltung der Regierung ist natürlich der Selbsterhaltungstrieb, denn Reichstagsneuwahlen würden mit ganz überraschender Deutlichkeit zeigen, daß das Kabinett Brüning in einem neuen Parlament keine ausreichende Gefolgschaft mehr fände. Infolge dieser Einstellung der Regierung wird natürlich im Lager der Opposition der Preußenwahl die größte Bedeutung beigemessen, da ein Sturz des Marxismus in Preußen die Regierung Brüning einer der festesten Stützen, über die sie bisher verfügte, berauben würde. So weist heute die deutschnationale Parteikorrespondenz nochmals darauf hin, daß der zweite Wahlgang für die Präsidentschaft ja nur noch formale Bedeutung habe, und fährt dann fort: „Es wäre gut, wenn die Nationalsozialisten gleich uns diese Tatsache als gegeben ansehen würden. Sie ersparten sich damit eine sonst unvermeidliche Schlappe im zweiten Wahlgang.

Unser nächstes gemeinsames Kampfziel heißt Preußen.

Wenn wir Deutschnationalen mit besonderem Dank des tapferen und selbstlosen Eintretens Duesterbergs als Präsidentschaftskandidat des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot gedenken, dann verbinden wir damit die Gewißheit, daß die geschlossene Bündnisgemeinschaft auch für den Preußenwahlkampf ihre Bedeutung behalten wird. Das Beispiel von Mecklenburg-Strelitz zeigt, daß das Ziel, die Beseitigung der marxistischen Herrschaft und die Eroberung des Reiches über Preußen — wenn der Reichstag nicht freiwillig weicht — zu erreichen ist, wenn alle Kräfte angespannt werden. Für die Deutschnationalen gibt es vom heutigen Tage ab nur noch die Parole Preußen."

Inzwischen ist der Termin für die preußischen Wahlen von dem dafür zuständigen Ausschuß des Preußischen Landtages auf den 24. April endgültig anberaumt worden.

Vierzehn Tage nach dem zweiten Wahlgang im Präsidentschaftskampfe werden also die Wahlen in Preußen erfolgen. Es ist anzunehmen, daß bereits in nächster Zeit zwischen den Führern der an der Harzburger Front beteiligten Parteien und Organisationen Besprechungen über ein gemeinsames Vorgehen stattfinden werden.

Der Reichslandbund an Hitler, Hugenberg und Duesterberg

Berlin, 14. März. Das Präsidium des Reichslandbundes hat an Hitler, Hugenberg und Duesterberg folgendes Telegramm gesandt: „Das Präsidium des Reichslandbundes spricht den Vorkämpfern der nationalen Bewegung zu dem am 13. März zum Ausdruck gekommenen machtvollen Aufschwung und Schritt vorwärts im vaterländischen Kampfe Dank und Glückwunsch aus. Der erreichte Einbruch der nationalen Bewegung in die gegnerischen Stellungen muß der Ausgangspunkt für entschlossene Weiterführung unseres Kampfes bis zum endgültigen Siege werden. Das Präsidium des Reichslandbundes tritt dafür ein, alle für den Befreiungskampf gegen das System erreichbaren Kräfte weiter zu sammeln und zur Erzwingung der Neugestaltung des deutschen Staats-, Wirtschafts- und Volkslebens planmäßig einzusetzen."

Litauisches Memeldirektorium gebildet

Der Genfer Beschluß sabotiert

Memel, 14. März. Der Präsident des Memeldirektoriums, Simmat, hat im Laufe des Montagvormittags sein Direktorium vervollständigt, wobei der Genfer Beschluß, ein Direktorium auf parlamentarischer Grundlage zu bilden, vollkommen außer acht gelassen worden ist. Er hat den Landwirt Reisgys (Groß-Litauer) und den Kaufmann Kadgiehn (parteilos) zu Mitgliedern des Direktoriums neben Tolischus (Groß-Litauer) ernannt. Die beiden neuen Direktoren sind frühere Landespräsidenten. Während sich Reisgys als Groß-Litauer unmöglich gemacht hatte, wurde Kadgiehn von den Mehrheitsparteien gestürzt, weil er trotz seiner angeblichen Neutralität die memelländischen Interessen, insbesondere in der Schul- und Gerichtsfrage, außerordentlich geschädigt hatte. Das neue Direktorium wird noch am Montag die Amtsgeschäfte übernehmen. Nach dem Memelstatut muß es sich innerhalb 14 Tagen dem Landtag vorstellen.

Das Saargebiet ist deutsch!

Berlin, 14. März. Das Ergebnis der Landesratswahlen im Saargebiet ist trotz der überragenden Bedeutung der Präsidentschaftswahlen im Reich in Berliner politischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden. Zeigt es doch, daß die Saarbevölkerung geschlossen nur solchen Parteien ihre Stimme gegeben hat, deren festes Programm die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande ist. Bei diesem einmütigen Bekenntnis zum Reich ergibt sich die einzig mögliche Lösung der Saarfrage von selbst.

Tardieu betreibt seinen Donaubund-Plan

Genf, 14. März. Der französische Ministerpräsident Tardieu wird morgen vormittag wieder in Genf eintreffen. Offiziell wird erklärt, daß Tardieu Frankreich in den Sitzungen des Hauptausschusses der Politischen Kommission der Abrüstungskonferenz vertreten wird. Man glaubt aber allgemein, daß der Hauptzweck seines neuerlichen Genfer Aufenthaltes die Fortsetzung der Besprechungen ist, die er hier vor einigen Wochen in der Frage der wirtschaftlichen Sanierung der Donaustaaten abhielt. Auf französischer Seite stellt man sich den weiteren Verlauf so vor, daß nach einem vorherigen Einvernehmen der interessierten europäischen Großmächte die Donaustaaten eingeladen werden, sich über einen Plan zu verständigen, und daß erst dann die Großmächte eingeladen werden, dazu Stellung zu nehmen. Heute abend war es noch nicht bekannt, ob wegen dieser Angelegenheit auch ein Vertreter der deutschen Regierung nach Genf kommen wird.

Zur Frage der Beteiligung Polens an der geplanten Donauzollunion erklärte der polnische Außenminister Zaleski einem Vertreter des „Temps", daß ein Donauzollbund, der im Interesse der europäischen und Weltwirtschaft gelegen sei, nur dann von Dauer sein werde, wenn seine unmittelbaren Teilnehmer sich der Tatsache bewußt blieben, daß dazu der Beistand dritter, unmittelbarer oder entfernterer Nachbarn, unerläßlich sei. Zaleski wies darauf hin, daß er sich die Schwierigkeiten einer solchen Entente nicht verhehle.

George Eastman begeht Selbstmord

Rochester (Staat Neuyork), 14. März. Der bekannte Multimillionär und Aufsichtsratsvorsitzende der Eastman-Kodak-Gesellschaft, George Eastman, hat heute seinem Leben durch Erschießen ein Ende bereitet.

George Eastman, der im Alter von 77 Jahren stand, war seit längerer Zeit leidend. Sein Arzt vermutet, daß er die Tat in einem Schwermutsanfall begangen hat. In einem Schreiben an seine Freunde erklärte Eastman: „Meine Arbeit ist getan; wozu warten?"

Eastmans Vermögen wird auf 500 Millionen Dollar (etwas über 2 Milliarden Reichsmark) geschätzt.

Kreuger-Direktor an Herzschlag gestorben

Berlin, 14. März. Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist einer der Direktoren des Kreuger-Konzerns, Ferrander, auf die Nachricht von dem Selbstmord seines Chefs, an einem Herzschlag gestorben.

Der zweitälteste Bruder Ivar Kreugers ist heute in Paris eingetroffen. Er hat sich in Begleitung des Verwaltungsratsmitgliedes des Kreugerkonzerns, Littorin, in die Wohnung des Verstorbenen begeben, aber jede Erklärung abgelehnt.

Die Leiche des schwedischen Zündholzkönigs ist zur Beerdigung freigegeben worden. Sie wird höchstwahrscheinlich nach Stockholm übergeführt werden, wo die Beisetzung erfolgen soll.

Sachsens Industrie

Dem Ernste unserer wirtschaftlichen und politischen Lage entsprechend, begeht heute der Verband Sächsischer Industrieller in der Landeshauptstadt Dresden in der würdigen Form einer ernster Arbeit gewidmeten öffentlichen Tagung sein dreißigjähriges Bestehen. Sachsens Bedeutung in Deutschland und in der Welt beruht in erster Linie auf seiner hochentwickelten Veredelungs- und Fertigwarenindustrie, die es ermöglicht hat, einer dichtgedrängten, fleißigen Bevölkerung Erwerb und wachsenden Wohlstand zu verschaffen, bis furchtbare Krise, an deren Ursachen Sachsens Wirtschaftsleben bestimmt keinen Anteil hat, die Bevölkerung unserer engeren Heimat am schwersten in Deutschland betraf. Aber in dieser Notzeit wissen gerade wir in Sachsen, daß unser wirtschaftlicher Aufstieg unlöslich mit dem Mut und der Widerstandskraft unserer Industrie zusammenhängt. Sachsen ist das typische Land der kleinen und mittleren Industrie. Darin liegt zugleich eine unerschöpfliche wirtschaftliche Kraftquelle. Denn in konzernierten und vertrusteten Riesenbetrieben tritt vielfach an die Stelle der schöpferischen Einzelpersönlichkeit der bürokratische Apparat, der eine Anpassung an die Erfordernisse einer veränderten Wirtschaftslage erschwert. In Sachsens Industrie dagegen spielt die Initiative der schöpferischen Unternehmerpersönlichkeit die ausschlaggebende Rolle. Wenn es zweifellos richtig ist, daß neben vielen Ursachen auch die geringe Elastizität einer in bürokratische Fesseln gelegten Wirtschaft in aller Welt ihr gerüttelt Maß von Schuld an der Krise trägt, dann kann Sachsens Industrie mit Recht darauf stolz sein, daß in ihr selbstverantwortliche Menschen die wichtige soziale Funktion eines schöpferischen, wagenden und Schwierigkeiten bezwingenden Unternehmertums hochhalten.

Es ist kein Zufall, daß in Sachsen der kleinere und mittlere Betrieb vorherrschend ist. Denn die Fertigwaren- und Veredelungsindustrie, deren Feld im wahrsten Sinne des Wortes die ganze Welt ist, erfordert ja nicht nur technische Initiative, sondern auch einen sicheren kaufmännischen Instinkt, der Weiterfahrenheit mit raschester, risikoloser Entschlußkraft zu verbinden weiß. Wie rasch ändern sich heute die Bedürfnisse der Kunden, wie schnell stellt die scharfe Konkurrenz auf den zusammenschrumpfenden Weltmärkten gerade eine Industrie wie die sächsische vor ständig neue Situationen, denen eine sozialisierte oder vertrustete Industrie — das bedarf keines Beweises mehr — völlig hilflos gegenüberstünde. Diese besondere Leistung des sächsischen Unternehmertums, die erhöht wird durch einen beispiellosen Mut und eine unverzagte Widerstandskraft im Kampfe gegen die wachsenden Schwierigkeiten auf allen wirtschaftlichen Gebieten, rechtfertigt es, daß die Oeffentlichkeit den Wünschen der im Verband Sächsischer Industrieller vereinigten Männer ebensoviel Aufmerksamkeit widmet, wie sie ihren Leistungen Achtung zu zollen verpflichtet ist. Das gilt gerade für eine Zeit, in der die harte Not der beste Nährboden für die wildesten Klassenkampfparolen geworden ist, in erhöhtem Maße. Oder zweifelt heute der Einsichtige, in welchem politischen Lager er auch immer stehen mag, daran, daß die Not der arbeitenden Schichten auch die Not des Unternehmertums ist, und daß uns in dieser Lage niemals ein mißtrauisches Gegeneinander, sondern nur ein einmütiges Zugleich Hilfe bringen kann.

Der Verband Sächsischer Industrieller, der heute auf sein dreißigjähriges Bestehen zurückblickt, hat immer wieder betont, daß er nicht deshalb geschaffen wurde, um einen Staat im Staate zu bilden, oder eine Klasse gegen andere Klassen zu umgrenzen. Er lehnt es mit Recht ab, als ein Gebilde jener unseligen Interessenpolitik angesehen zu werden, in der Hunderte von Gruppen glaubten, ihre Interessen am würdigsten durch kurzsichtigen Raubbau an der Volkswirtschaft wahren zu können, sondern er hat immer wieder betont, die Industrie ist, wie jede andere Berufsgruppe, ein Glied der Volksgemeinschaft, in der der Nutzen des Ganzen zugleich der Nutzen des einzelnen ist. Es ist keineswegs eine Anmaßung, wenn sich die sächsischen Industriellen gerade ihrer nationalen deutschen Sendung besonders bewußt sind. Unsere heimische Industrie ist in erster Linie dazu berufen, die notwendigen Zahlungsmittel für die Abtragung einer riesigen privaten Schuldenlast zu schaffen. Fast die Hälfte der Devisen aus Exporterlösen ist der Initiative der sächsischen Industrie zu danken, obwohl Sachsen, bevölkerungspolitisch gesehen, nur ein Zehntel des Reiches umfaßt. Deutschland ist ausschließlich auf den Exporterlös aus der Verarbeitung und Veredelung ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate angewiesen. Der Gewinn aus seiner Außenhandelsbilanz wird also im Gegensatz zu allen Schuldnerländern anderer Epochen nicht durch den Erlös von Rohstoffen erzielt, sondern er besteht ausschließlich aus den Ergebnissen unseres Gewerbefleißes und unserer Erfinder- und Unternehmerleistungen. Bisher waren in der Wirtschaftsgeschichte nur Agrarstaaten und an Bodenschätzen reiche Länder Schuldner, die ihre Verpflichtungen aus dem Erlös ihrer natürlichen Hilfsquellen bestritten. In Deutschland ist zum ersten Male ein hoch-